

## TRUMP-BERATERIN SORGT ÄRGER MIT WERBUNG

Kellyanne Conway, welche durch ihre Wortschöpfung "Alternative Fakten" im Fernsehen für Furore gesorgt hat, erregt die Gemüter der Politiker sowohl der demokratischen, als auch der republikanischen Partei. Nachdem mehrere Händler die Kleidermarke von Ivanka Trump aus dem Sortiment genommen haben, machte die Beraterin des US-Präsidenten im Fernsehen Werbung und rief die Zuschauer dazu auf, die Mode von Ivanka Trump zu kaufen. Dieser direkte Aufruf würde gegen die Ethikstandards verstoßen, da Regierungsangestellte keine Werbung für Unternehmen machen dürfen, kritisierten Abgeordnete. Eine Reihe von Politikern hat einen Brief an die Behörde für die Einhaltung der Ethikstandards verfasst, die Sanktionen fordern, welche bis hin zur Entlassung reichen können.

### KOMMENTAR

#### »SCHULZ: EUPHORIE REICHT NICHT AUS!«

Von Alice Greschko

Als junge Sozialdemokratin freue ich mich darüber, dass die Umfragewerte der SPD die 30-Prozent-Marke geknackt haben, Schulz durch seine Kandidatur junge Leute motiviert und die Alte Tante mit nahezu 5000 Neumitgliedern seit Ende Januar noch deutlicher mitgliederstärkste Partei in Deutschland ist.

Euphorie und der Glaube an Erfolg sind wichtig für den Wahlkampf und den Ausgang der Bundestagswahl, allerdings reicht dies nicht. Auch Peer Steinbrück hatte zu Beginn seiner Kandidatur positive Werte, doch im TV-Duell mit der Deutschlandketten tragenden Angela Merkel konnte er dennoch nicht begeistern oder ihrer stoischen Ruhe eine klare persönliche und inhaltliche Linie entgegenbringen. Der Rest ist Geschichte.

Schulz hat zwar den klaren Vorteil, dass er sich nicht für die Agenda 2010 rechtfertigen muss, aber tatsächlich muss er auch an seiner Bekanntheit arbeiten, greifbar und erlebbar werden, ein klares Konzept zu innen- und außenpolitischen Herausforderungen präsentieren und sich nicht auf der ersten Welle der Euphorie ausruhen.

Der richtige Wahlkampf hat bisher noch nicht begonnen, alle Parteien werden Freiwillige brauchen, die nicht nur Plakate kleben, sondern bereit sind, ihren Kandidaten mit Überzeugung in den Kommunen vor Ort im direkten Austausch zu verteidigen. Gerade dieser direkte Kontakt zu den Wählern könnte für den Europapolitiker Schulz zur Herausforderung werden.

Gugl-Hupf 

## ERWARTET UNS EIN MEME-KRIEG IM WAHLKAMPF?

Satire ist ein beliebtes Mittel, um den politischen Gegner anzugreifen. In den vergangenen Jahren haben sich digitale Fraktionen auf Plattformen wie Reddit, 4Chan und 8Chan gebildet, die vor allem rechtspopulistische Inhalte gestaltet und verbreitet haben. Sogenannte "Memes" - kleine humoristische Bildchen mit verkürzten, zum Teil beleidigenden, Aussagen wurden auch während des US-Kampfes von der rechtsnationalistischen Bewegung der Alternativen Rechten verwendet, um Donald Trump zu unterstützen. Die Memes entstehen meistens von parteipolitisch losgelösten Gruppen und Sympathisanten.

Auch in Deutschland bedienen sich Anhänger der AfD derselben Methoden und zeichnen mit Hilfe popkultureller Referenzen ein heroisches Bild von sich selbst. Motive aus Filmen wie "Matrix", in dem der Protagonist Neo sich dafür entscheidet, aus seinem fremdgesteuerten Leben auszubrechen und gegen das System zu kämpfen oder "The Dark Knight", bei dem man mit dem Antagonisten sympathisiert, werden auf die eigene Gruppe bezogen. Identifikation, emotionale Ansprache und vor allem eine hohe Reichweite in sozialen Medien sind die Folgen dieser Art der politischen Graswurzelmobilisierung. Das Medium "Breitbart" beschreibt selbst, wie wichtig das "Meme Team" sei - durch Spaß, Rebellion und zeitliche Effizienz wäre es leicht, Botschaften des politischen Gegners anzugreifen.

Aufgrund der Verkürzung des Dialogs und der Arbeit mit pointierter Symbolik, wird jedoch der politische inhaltliche Diskurs geschwächt und es kommt zum Teil auch zu Radikalisierung. Nichtsdestotrotz setzte bisher vor allem die Junge Alternative auf Provokation und Mobilisierung durch Memes.

Seitdem Martin Schulz allerdings Kanzlerkandidat geworden ist, gibt es immer mehr Profile auf Facebook und Twitter wie "Gottkanzler Schulz", die sich aus einer politisch linken und liberaleren Perspektive ähnlicher Methoden bedienen: die Heroisierung des Protagonisten, die kollektive Mobilisierung durch Leitmotive und eine klare, plakative Bildsprache. Schulz wird beispielsweise häufig als Lokführer in einem unaufhaltbaren Zug ohne Bremsen portraitiert. Dies erreicht zwar besonders die junge Zielgruppe, jedoch sind solche digitalen Aktionen inhaltlich häufig politisch unsachlich oder irreführend.

Die sozialen Netzwerke werden nach dem beispiellosen Wirken der Alternativen Rechten in den USA voraussichtlich auch in Deutschland eine große Rolle spielen - die Frage ist, zu welchem Preis der Meme-Krieg bei der Bundestagswahl geführt wird.

### IMPRESSUM

Herausgeber: WIESE CONSULT GmbH  
Heino Wiese, Behrenstraße 73 · 10117 Berlin  
Telefon 030.8105888-0 · Fax 030.8105888-29  
redaktion@hauptstadt-insider.de ·  
www.wiese-consult.com  
Handelsregister: Amtsgericht Berlin, HRB 112951 B  
USt-Id.Nr.: DE259602002  
Chefredaktion: Heino Wiese (V.i.S.d.P.)

Anzeigenleitung und Abonnement: Alice Greschko  
Telefon 030.810588818  
Auflage: 2.000 gedruckte Exemplare  
Druck u. Verlag: Mail Boxes Etc. - Versand- u. Büro-  
service Schneider e.K., Reinhardtstr. 27b, 10117 Berlin  
Satz, Layout: Alice Greschko, Wiese Consult  
erscheint seit März 2007  
Fotos: dpa und Archiv www.hauptstadt-insider.de



# INSIDER

## UNION: SIGNAL DER GESCHLOSSENHEIT



Foto: Jörg Klaus

Von Jens Spahn MdB (CDU), Staatssekretär beim Bundesminister für Finanzen

CDU und CSU haben vor wenigen Tagen aus München ein Signal der Geschlossenheit gesendet: Gemeinsam mit Angela Merkel und mit einem gemeinsamen Wahlprogramm treten wir in diesem Jahr an, um unsere erfolgreiche Arbeit fortzusetzen.

Selten war eine Wahl so spannend. Es geht wieder um was. Konkret: Wollen die Menschen im Land ein rot-rot-grünes Bündnis vom linken Spielfeldrand, oder eine stabile bürgerliche Mehrheit? Während ein Großteil der Deutschen gar nicht weiß, wofür Herr Schulz aus Brüssel steht, sind wir bereit, für unsere Werte zu kämpfen.

Jetzt geht es um die Leitkultur in unserem Land, um die Stärkung von Polizei

und um wirtschaftliches Wachstum für alle. Und um in unterschiedliches Menschen- und Gesellschaftsbild: Die Unionsparteien sind der Meinung, dass diejenigen, die Tag für Tag hart arbeiten am besten mit ihrem Geld umgehen können. Deshalb werden wir die Steuern schenken. Herr Schulz und seine Sozialdemokraten glauben, das Geld der Bürger sei beim Staat am besten aufgehoben. Und das bei einer Sozialquote im Bundeshaushalt von heute schon 52 Prozent! Wer von sozialer Ungerechtigkeit im Land redet, der muss sich auch fragen lassen, wer seit Jahren eigentlich die Verantwortung für Rente, Soziales, Familien, sozialen Wohnungsbau und Verbraucherschutz stellt: Das sind alles SPD-Minister. Gleichzeitig Regierung und Opposition sein wollen hat noch nie funktioniert und ist auch nicht sehr glaubwürdig. Und wir haben noch nicht über die Forderung von Herrn Schulz gesprochen, Spareinlagen und damit auch die Schulden in Europa zu vergemeinschaften.

Deutlicher könnten die Unterschiede also wirklich nicht sein. Einen entscheidenden Vorteil hat die Situation aber auch noch: Die Menschen haben in diesem Jahr eine wirkliche Auswahl inklusive einem spannenden Wahlkampf! Das ist gut für die Demokratie und zeigt den Spalt, dass sie in unserem Land keine Chance haben.

## TRUMP: DIE GRENZEN DER MACHT

Nachdem US-Präsident Donald Trump per Dekret versucht hatte, ein Einreiseverbot für u.a. anerkannte Flüchtlinge aus sieben islamischen Ländern zu erwirken, stößt er an die Grenzen seiner Macht. Die Mechanismen der "Checks and Balances" greifen in den USA: Nachdem ein Richter das Einreiseverbot ausgesetzt hatte, da es in der aktuellen Form verfassungswidrig sei, haben auch die Richter vor dem Berufungsgericht in den USA einstimmig gegen eine Wiedereinführung des sogenannten "Muslim Ban" gestimmt.

Als nächsten Schritt kündigte Trump ein juristisches Verfahren vor dem Obersten Gerichtshof an, wo allerdings eine Patt zwischen Demokraten und Republikanern besteht, da im vergangenen Jahr Richter

Antonin Scalia verstorben war.

Allerdings gelten die Richter des Supreme Court als moderater - selbst Trumps Kandidat für die Nachfolge von Scalia, Neil Gorsuch, hat Trumps Schelte auf die Juristen als "demoralisierend" bezeichnet. Auch in einem anderen Bereich erkennt Trump, dass er Positionen nicht im Alleingang umsetzen kann: der Außenpolitik. Nachdem der Präsident mit der Regierung Taiwans telefoniert hatte und somit die jahrzehntelange Ein-China-Politik der USA infrage stellte, lenkte er nun ein: in einem Telefonat mit Chinas Präsident Xi, sicherte Trump seinem Amtskollegen zu, die USA würden die Einheitspolitik des Landes respektieren und er habe die Bedeutung dieser diplomatischen Linie begriffen.

## HÄRTERE ABSCHIEBEPRAKTIKEN BESCHLOSSEN

Bund und Länder einigen sich auf einen 15-Punkte-Plan, der Abschiebungen von Flüchtlingen ohne Bleibeperspektive erleichtern sowie die freiwillige Rückkehr forcieren soll. Diejenigen ohne Bleibeperspektive sollen bereits von der Erstaufnahmestelle abgeschoben werden, um in Unterkünften keinen Fuß zu fassen. Außerdem sollen Abschiebehaft und Überwachung von Gefährdend ausgeweitet

werden. Darüber hinaus sollen auch gefälschte Identitäten und Straftaten unter Flüchtlingen härter bestraft werden. Obwohl es Kritik seitens der Grünen, Linken und einigen SPD-Politikern gibt, kann sich die Regierung auf die Stimmung in Deutschland berufen. Das Institut Chatham House fand heraus, dass 55% der Deutschen gegen Einwanderung von Moslems eingestellt sind.

## STEUERKANZLEI MOSSACK FONSECA - VERHAFTUNGEN WEGEN PANAMA PAPERS

Jürgen Mossack, Chef der Steuerkanzlei Mossack Fonseca, und sein Partner Ramón Fonseca wurden verhaftet. Grund dafür sind eindeutige Indizien in den "Panama Papers", welche die Firma in direktem Zusammenhang mit einem der größten Korruptionsskandale Lateinamerikas sehen.

Mossack Fonseca soll nicht nur 200.000 Briefkastenfirmen gegründet haben, bei denen Politiker und Prominente ihr Vermögen sichern wollten, sondern soll aktiv Unternehmen dabei unterstützt haben, Geld

zu waschen und Informationen über Betrug und Korruption sowohl verheimlicht, als auch zerstört zu haben.

Ein Netzwerk aus Schmiergeldzahlungen, Vertuschung von Betrugsfällen und Bestechung soll über Mossack Fonseca geleitet worden sein, welches sich von Panama bis nach Brasilien erstreckt und große Unternehmen sowie Politiker betrifft.

Der Sitz der Offshore-Kanzlei ist Panama City, die Generalstaatsanwaltschaft Panamas bezeichnete Mossack Fonseca als "kriminelle Organisation".

## SCHÄUBLE WILL HAUSHALTSLÖCHER STOPFEN

Laut aktuellen Kalkulationen des Bundesministeriums für Finanzen werden im kommenden Jahr 8,3 Milliarden Euro im Budgetplan fehlen. Man prognostiziert eine zusätzliche Belastung von über 20 Milliarden, die Mittel für die Entlastung belaufen sich jedoch auf 12 Milliarden Euro.

Die Gründe für das Defizit liegen in den beschlossenen Mehrausgaben für den Umgang mit der Flüchtlingskrise, humanitärer Hilfe sowie für die innere Sicherheit.

Zudem werden die sinkenden Steuerbelastungen für weniger Einnahmen sorgen.

Der Haushaltsüberschuss sowie die nicht genutzte Asyl-Rücklage decken zwar einen Teil der Kosten, jedoch bleibt ein großer Posten offen. Bundesfinanzminister Schäuble sieht die baldige neue Bundesregierung in der Verantwortung das Steuerloch zu stopfen, betrachtet die Lücke jedoch als Abschreckungsmaßnahme vor teuren Wahlversprechen.

## OSRAM: MEHR STELLEN IN REGENSBURG, TRENUNG VON DEN GLÜHBIRNEN

Der Münchener Lichttechnikkonzern Osram, der 2019 sein 100-jähriges Jubiläum feiert, verkündete diese Woche, bis zu tausend neue Stellen im Regensburger Produktionswerk in den kommenden Jahren schaffen zu wollen.

Das LED-Werk soll besonders von der verstärkten Ausrichtung auf Infrarot-Chips profitieren, die in Smartphones genutzt werden. Osram beliefert bereits den südkoreanischen Großkonzern Samsung.

Jedoch entwickelte sich nicht nur diese Sparte positiv - Osram bekräftigte den besonders hohen Umsatz aus dem

Weihnachtsquartal 2016 und sieht auch Chancen für die abgespaltene klassische Glühbirnensparte. Da allerdings dieses Geschäft perspektivisch weniger lukrativ sein wird, möchte Osram diesen Sektor an den chinesischen LED-Konzern MLS samt der Investoren IDG und Yiwu verkaufen. Bundeswirtschaftsministerin Zypries hat dem Plan bereits zugestimmt.

Obwohl die Glühbirnensparte mit über 12.500 Mitarbeitern die größte ist, möchte sich der Konzern auf LED-Technik sowie Spezialbeleuchtung für die Automobilbranche fokussieren.

## PERSONALIEN

### PRONOLD WILL VORSITZ DER BAYERN SPD ABGEBEN

Florian Pronold (44, SPD) will auf eine erneute Kandidatur für den Vorsitz der SPD in Bayern verzichten. Das erklärte er am 3. Februar. Als Nachfolgerin schlägt er die bisherige Generalsekretärin Natascha Kohnen vor. Kohnen verkündete daraufhin, sich für den Landesvorsitz bewerben zu wollen. Die Bayern SPD wird im Mai turnusgemäß einen neuen Vorstand wählen.

### GÜNTHER UND WADEPHUL SIND SPITZENKANDIDATEN DER CDU SCHLESWIG-HOLSTEIN

Daniel Günther (43) ist am 4. Februar auf dem Landesparteitag der CDU Schleswig-Holstein zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl am 7. Mai gewählt worden. Es stimmten 89,7 Prozent der Delegierten für ihn. Günther hatte keine Gegenkandidaten. Johann Wadephul (53) ist zuvor am 3. Februar auf dem Landesparteitag zum Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl 2017 gewählt worden. Er erhielt 93,8 Prozent der Stimmen. Wadephul führt zum dritten Mal die Landesliste zur Bundestagswahl an.

### REICHELT IST VORSITZENDER DER "BILD"-CHEFREDAKTIONEN

Julian Reichelt (36) ist ab sofort Vorsitzender der "Bild"-Chefredaktion bei Axel Springer. Er nimmt diese Funktion zusätzlich zu seinen Aufgaben als Chefredakteur Bild Digital wahr. Reichelt trägt damit die übergeordnete redaktionelle Gesamtverantwortung für die "Bild"-Marke und steuert insbesondere die Strategie, Personalpolitik sowie die redaktionellen Abläufe im Zusammenspiel von Print und Digital. Mit dieser Personalie will Axel Springer sicherstellen, dass auch nach dem Ausscheiden des ehemaligen "Bild"-Herausgebers Kai Diekmann die Marke aus einer Hand geführt wird. Einen neuen Herausgeber soll es nicht geben.

## 23.2. BERLINALE-ABEND DER SPD MIT DEM SPD-VORSITZENDEN SCHULZ

Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) und Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur zum Thema „Blinde Flecken in der Geschichtsbetrachtung? Kommunismus im 20. Jahrhundert“, u.a. mit dem ehemaligen DDR-Außenminister Markus Meckel, dem Historiker Prof. Etienne François und dem Redakteur des polnischen politischen Wochenmagazins Polityka Adam Krzeminski, Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin.

## 23.2. NAUMANN-STIFTUNG ZU GRUNDRECHTEN IM INTERNET

Diskussionsveranstaltung der Friedrich-Naumann-Stiftung in der Reihe „Digital Lunch im Basecamp“ zum Thema „Grundrechte und das Internet ab 12:00 Uhr.“

### WORTE DER WOCHE

»Der Euro und ich sind die einzigen Überlebenden des Maastricht-Vertrags.«

Jean-Claude Juncker, EU-Kommissionspräsident, anlässlich des 25-jährigen Jubiläums des Maastricht-Vertrags, den er als Finanzminister Luxemburgs mitunterzeichnet hatte.

»Mit dem Gewinn der Wahl hat Donald Trump nun sein ‚Traumunternehmen‘ bekommen und betrachtet die USA als sein Unternehmen.«

Anton Börner, Chef des deutschen Außenhandelsverbands.

»Wir brauchen ein Stoppschild in den Vorstandsetagen gegen die goldenen Nasen.«

Thorsten Schäfer-Gümbel, SPD-Vizechef, will mit der Union noch vor der Bundestagswahl ein Gesetz zur Beschränkung von Managergehältern verabschieden..

»Wir hätten Frau Hohmann-Dennhardt besser noch zwei Jahre im Vorstand behalten, das wäre für alle besser gewesen.«

Ein anonymes VW-Manager im Handelsblatt.

»Wenn Trumps Wahlsieg kein Weckruf ist für Europa, dann weiß ich nicht, was wir noch für Wecker brauchen.«

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble.

»Auch in Amerika wird der Präsident irgendwann die Erfahrung machen, dass er für seine Politik Mehrheiten im Parlament braucht.«

Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries.

»Der Iran wurde nie überführt, irgendwelche Beziehungen zum IS, zur al-Nusra-Front oder zu einer anderen Struktur zu haben, die mit diesen beiden Terrororganisationen verbunden ist und auf der entsprechenden UN-Liste steht.«

Russlands Außenminister Sergej Lawrow widerspricht Trump, der den Iran als „Terrorstaat Nummer eins“ bezeichnete.

»Sollte dieses Treffen auf die eine oder andere Weise der Regelung des innerukrainischen Konflikts beitragen, würden wir uns nur freuen.«

Kreml-Sprecher Dmitri Peskow über das geplante Treffen zwischen Donald Trump und Petro Poroschenko.

»Ich denke, dass die jetzige ukrainische Führung nicht bereit ist, die Minsker Vereinbarungen umzusetzen, und deshalb einen Vorwand sucht.«

Wladimir Putin über die neuen Eskalationen in der Ostukraine.

## TERMINE

### 13.2. BERLINALE-ABEND DER SPD MIT DEM SPD-VORSITZENDEN SCHULZ

Empfang der SPD zur Berlinale zum Thema „Kann Kino Augen öffnen? – Film und Regie in Zeiten von Terror und Populismus“, u.a. mit dem SPD-Parteivorsitzenden Martin Schulz, der SPD-Generalsekretärin Katarina Barley, Bundesaußenminister Sigmar Gabriel und dem Vorsitzenden des SPD-Kulturforums Thorsten Schäfer-Gümbel Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin (nur für geladene Gäste)

### 13.2. BUCHVORSTELLUNG MIT GREGOR GYSI ZU AFD UND PEGIDA

Buchvorstellung des vbb-Verlags zu Hajo Funkes „Von Wutbürgern und Brandstiftern. AfD - Pegida - Gewaltnetze“, u.a. mit dem ehemaligen Vorsitzenden der Bundestagsfraktion Die Linke Gregor Gysi und dem Politikwissenschaftler Prof. Hajo Funke Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin (Anmeldung erforderlich)

### 14.2. EMPFANG ZUM WIRTSCHAFTSTAG DER INNOVATIONEN DES CDU-WIRTSCHAFTSRATS

Vorabendveranstaltung zum Wirtschaftstag der Innovationen des CDU-Wirtschaftsrats zum Thema „Aufbruch in die Gigabitgesellschaft - Old meets new Economy“, unter anderem mit dem Chef des Bundeskanzleramts Peter Altmaier, dem Vorstandsmitglied der BMW AG Peter Schwarzenbauer und dem Vorstandsmitglied der Deutschen Postbank AG Susanne Klöß. Die Veranstaltung findet im bcc Berliner Congress Center statt (Alexanderstraße 11, 10178 Berlin). (Anmeldung erforderlich)